

Linkspartei: Gewählt, um zu verändern.

Diskussionspapier zum Bundesparteitag der Linkspartei.PDS, Dezember 2005

Im neuen Bundestag ist die demokratische Linke so stark vertreten wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. 8,7 Prozent für die Linkspartei – das zeigt, was an gesellschaftlicher Kraft zu aktivieren ist, wenn die demokratische Linke auf ihre Gemeinsamkeiten setzt: Soziale Gerechtigkeit, Frieden, Demokratie. Die sich formierende neue Linkspartei ist dieser gesellschaftlichen Kraft gegenüber verpflichtet. Ihr Vertrauen gilt es zu rechtfertigen. Nur dann kann, nur dann wird die noch im Entstehen begriffene neue Partei sich dauerhaft im Parteienspektrum verankern und tatsächlich wirksam für ihre Ziele eintreten können. Das wollen wir erreichen.

Die politische Arbeit der nächsten Monate und Jahre verlangt jedoch mehr von uns als die bloße Fortführung des vor den Bundestagswahlen skizzierten Weges. Die vorgezogenen Bundestagswahlen haben unsere Planungen dafür überholt, uns auf der Grundlage des Potsdamer Bundesparteitags-Beschlusses für die Wahlen 2006 und die politischen Kämpfe in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts inhaltlich fit zu machen. Das hatte sein Gutes – doch das Gute darf uns nicht dazu verleiten, das noch Notwendige liegen zu lassen. Das Wahlprogramm enthält manche Forderungen, zu denen der Diskussionsprozess noch weiter gehen muss – und es fielen auch Forderungen heraus, weil die Diskussion noch nicht abgeschlossen war. Innerhalb der PDS, aber auch mit unseren Partnerinnen und Partnern von der „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“. Seitens der Fraktionsvorsitzendenkonferenz wurde die Arbeit der AG Konzeptvergleich unterbrochen, die die Stimmigkeit der von den Landtagsfraktionen und den Bundestags-Abgeordneten vertretenen Forderungen herstellen sollte. Das begrenzt die Wirksamkeit unserer Referenzprojekte und die Überzeugungskraft unseres Gesamtkonzeptes. Damit können wir uns nicht abfinden - nicht im Interesse der Partei und schon gar nicht im Interesse der Menschen, für die wir Politik betreiben. Immerhin geht es um wichtige Fragen wie die Arbeitsmarktpolitik unter den Bedingungen von Hartz IV, wie die Gewährleistung von Mindestlöhnen, wie die soziale Grundsicherung.

Die politische Arbeit der nächsten Monate und Jahre verlangt auch mehr von uns als die allein organisatorische und juristische Bewältigung des Parteibildungsprozesses mit der WASG. Sowohl dort, wo die Kooperation mit der WASG erfolgreich verläuft, als auch dort, wo die Beziehungen eher konfliktgeladen sind, wird gleichermaßen deutlich: Vor allem geht es um den Platz und die Verantwortung der entstehenden neuen Partei in der Gesellschaft, im politischen Wettbewerb und vor den Wählerinnen und Wählern.

Die Dimension des gesellschaftlichen Auftrags an die Linkspartei ist aus dem Wahlkampf und dem Wahlergebnis ablesbar. Bestimmendes Thema war die Auseinandersetzung um das soziale Maß notwendiger Reformen in Gesellschaft, Staat und Wirtschaft in Deutschland; die Wählerinnen und Wähler ließen sich bei ihrer Entscheidung vor allem davon leiten, ob sie für die künftige Politik die soziale Gerechtigkeit oder die Belange der Wirtschaft für vorrangig hielten. Dabei erstarkten auf beiden Seiten nicht die großen bundesweiten Volksparteien, sondern auf beiden Seiten jeweils die kleineren Parteien, die entsprechend die konsequenteste Position einnahmen – die FDP auf der marktradikalen Seite, die Linkspartei.PDS auf der Seite, die den Anspruch der sozialen Gerechtigkeit vertrat.

Diese Richtung politisch zu wahren und die Verhältnisse verändernd zur Geltung zu bringen – das ist die entscheidende Aufgabe der entstehenden neuen Linkspartei.

Dabei müssen wir zugleich berücksichtigen: Für diese Richtung steht sie in den Augen der Gesellschaft nicht allein. 55 Prozent der Wählerinnen und Wähler vom 18. September 2005 sprachen sich dafür aus, dass die künftige Bundesregierung der Solidarität Priorität einräumt.¹ Zudem stand einer gesellschaftlichen Mehrheit für ein Primat von sozialer Gerechtigkeit und Solidarität eine nominelle parlamentarische Mehrheit für jene Parteien gegenüber, die sich im Wahlkampf vorrangig auf soziale Gerechtigkeit und Solidarität bezogen hatten.

Diese Mehrheit freilich war für eine Regierungsbildung politisch nicht handlungsfähig; mit der Bildung der Großen Koalition wird die Spaltung erneuert. Doch insbesondere zwischen den Wählerinnen und Wählern von SPD und Linkspartei.PDS ist die Fremdheit bei weitem nicht so groß, wie man vermuten mag. Für beide Gruppen hat soziale Gerechtigkeit klar Vorrang und Arbeitsmarktpolitik ein hohes Gewicht.² Beide Parteien sind überdurchschnittlich stark bei den Arbeiterinnen und Arbeitern sowie den Gewerkschaftsmitgliedern; zugleich hat die Linkspartei ihre Hochburgen dort, wo auch die SPD stark ist.³ Und klar ist auch: Koalitionen sind nichts auf Ewigkeit, Parteien entwickeln sich auch in Regierungsbündnissen weiter und gesellschaftliche Erwartungen sind eine hartnäckige Angelegenheit. Schon vor der Wahl hatte der IG-Metall-Vorsitzende Jürgen Peters nicht von ungefähr die damalige SPD-Führung scharf dafür kritisiert, dass sie jede Zusammenarbeit mit der Linkspartei ausschloss, und angezweifelt, dass diese Linie von Dauer sein könnte.⁴ Und wir nehmen es ernst, wenn auch in unseren Reihen mit Blick auf die nicht handlungs-, also: nicht regierungsfähige Mehrheit für soziale Gerechtigkeit gesagt wird, 2009 könne alles anders aussehen. Doch wenn das so ist, dürfen wir nicht nur abwarten, was sich bei anderen Parteien tut – und das das Resultat über uns ergehen lassen.

Unsere Überzeugung ist: Die gesellschaftliche Mehrheit in Ost und West, die eine auf soziale Gerechtigkeit orientierte und auf Solidarität setzende Politik wünscht, hat ein Recht auf eine entsprechende Regierungspolitik. Wenn nicht jetzt, dann bei der nächst sich bietenden Gelegenheit. Darauf muss die Linkspartei.PDS bewusst und engagiert hin arbeiten. Das ist ihre Verantwortung. Veränderung beginnt mit Opposition, ja, das gilt. Unbedingt. Immer. Aber sie hört damit ja nicht auf. Die Linkspartei ist für eine bestimmte Richtung gewählt worden – das verlangt mehr, als nur gegen eine bestehende Regierung aufzutreten und zu kämpfen. Für eine bestimmte Richtung gewählt zu werden, beinhaltet im Kern den Auftrag, eine solche Politik auch in parlamentarischen und exekutiven Mehrheiten praktisch umzusetzen, den Widerspruch zwischen gesellschaftlichen und parlamentarischen Mehrheiten zu überwinden.

Im Land Berlin haben wir erlebt, dass das möglich ist – und wie schnell es gerade nach Phasen langer Fehlentwicklung dazu kommen kann. Und es hat sich gelohnt. Erstmals seit vielen Jahren wird es 2007 kein Primärdefizit des Landeshaushalts mehr geben. Damit wurde die Voraussetzung geschaffen, dass die Haushaltsnotlage anerkannt wird und Bund und Länder helfen können, die Schulden der Großen Koalition abzubauen und damit Spielräume für soziale Politik zu schaffen, statt die Steuern der Berliner den Banken zu überweisen. Erstmals wurde aber auch ein Stoppzeichen gegen blinde Privatisierungspolitik aufgestellt und stattdessen dafür gesorgt, dass mit einer rot-roten Regierung gegen alle anderen Parteien der Krankenhauskonzern Vivantes, das Nahverkehrsunternehmen BVG, die Berliner Stadtreinigung BSR und die öffentlichen Kindertagesstätten wettbewerbsfähig statt verkauft wurden. Zudem wurde ein Kurswechsel in Sachen Bürgerrechte und Demokratie vollzogen: Volksentscheide und Absenkung des Wahlalters in den Bezirken, Bargeld und Wohnungen für Flüchtlinge, statt Chipkarten und Wohnheime. Stärkung des Bürgerprotests statt Versammlungs-

¹ Wahltagsbefragung infratest-dimpa (ARD-Tagesthemen extra 19.9.2005, 0.05 Uhr); <http://www.tagesschau.de/sendungen/0,1196,OID4767356,00.html>

² Infratest dimap; Vgl. <http://stat.tagesschau.de/wahlarchiv/wid246/index.shtml>

³ Infratest dimap; Vgl. <http://stat.tagesschau.de/wahlarchiv/wid246/index.shtml>

⁴ DER SPIEGEL, 5. September 2005. Vgl.: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,372997,00.html>

verboten. Und bei allem war schließlich soziale Gerechtigkeit Richtschnur des Handelns, was in Zeiten knapper Kassen schwierig ist. Und doch: ALG-II-Empfänger nutzen zum halben Preis die öffentlichen Verkehrsmittel und genießen mit 3-Euro-Tickets Kunst und Kultur. Massenmärsche infolge der Hartz-IV Gesetzgebung (der Berlin im Bundesrat wegen der Linkspartei nicht zugestimmt hat) bleiben aus, weil hier eine Linkspartei-Senatorin die Ausführungsvorschriften erarbeitet. Und im letzten Jahr vor der Schule müssen Berliner Eltern den Kitaplatz nicht mehr bezahlen. Um das und anderes, was wir als Opposition gefordert haben, auch durchzusetzen brauchte es eine Regierungsmehrheit.

Zu oft wird eine offensive Haltung, die eigene politische Vorstellungen über Regierungshandeln auch praktisch umsetzen will, unter Linken als das Streben einzelner Politikerinnen und Politiker nach Regierungssämtern diskreditiert. Das wird der politischen Herausforderung nicht einmal im Ansatz gerecht. In Sachsen-Anhalt haben wir in den 90er Jahren zudem die Erfahrung gemacht, wie es ist, wenn man immer und überall Mitverantwortung für eine Landesregierung trägt - nur nicht am Kabinetttisch mit entscheidet und in keinem Ressort eigene Linien umsetzen kann. Für das, was jetzt anzupacken ist, reicht das nicht mehr aus. Das Beispiel Brandenburg zeigt uns: PDS-Wahlerfolge im Land allein bringen noch keinen Politikwechsel in Richtung sozialer Gerechtigkeit. Dieser wird nur möglich, wenn es auch einen Regierungswechsel gibt. In diesem Sinne sieht sich die Landtagsfraktion dort in Verantwortung und erarbeitet in den nächsten anderthalb Jahren ein Leitbild für eine soziale, zukunftsfähige Region Berlin-Brandenburg – ein Leitbild ähnlich denen, wie sie z. B. bereits von den Genossinnen und Genossen in Sachsen und Sachsen-Anhalt vorgestellt worden sind. Die Studie „Sachsen-Anhalt 2020“ nimmt auch die Erfahrungen der Magdeburger Tolerierungszeit auf und benennt Schlussfolgerungen für die Zukunft. Die wichtigste: Eine lebenswerte Zukunft für alle wird es nur geben, wenn ein gänzlich neuer Entwicklungspfad eingeschlagen wird – ein Entwicklungspfad, der durch Innovation – im wissenschaftlich-technischen wie vor allem umfassenderen gesellschaftspolitischen Sinne – geprägt ist und die sich so auch als soziale Gestaltung erweist. Man kann seine Grundrichtung bestimmen – ihn aber nicht theoretisch bis ins Detail vorzeichnen; er öffnet sich im praktischen Handeln. Deswegen setzen wir nicht mehr allein auf staatliche Verantwortung, sondern auf einen kooperativen Stil, auf Akteursbündnissen aus Politik, Bürgergesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft.

Regieren muss man vorbereiten: politisch-inhaltlich und nicht minder politisch-mental – in den eigenen Reihen wie in der Gesellschaft insgesamt. Regieren muss man wollen. Diese Erfahrung haben wir in unterschiedlichen Konstellationen in unseren Bundesländern gemacht. Auch die, dass eine konsequente, konkrete Vorbereitung auf Regierungstätigkeit genau jene Kriterien und Maßstäbe zu Tage treten lässt, die zu einer sachlich begründeten, konsequenten und aktiv treibenden Oppositionsarbeit im Parlament führen können – wie nach dem Landtagswahlkampf 2004 in Brandenburg. Damals haben wir auch deutlich gespürt, dass man sich im wirklichen Leben nicht nur für eine Regierungsbeteiligung, sondern auch für das Verbleiben und Agieren in der Opposition rechtfertigen muss. Regieren oder Nicht-Regieren ist keine Frage „an sich“, keine Frage der richtigen oder falschen Überzeugung, sondern Konsequenz sachlich begründeter Entscheidungs-Optionen, zu denen man sich mit politischen Partnern einigen kann oder auch nicht.

Der Potsdamer Bundesparteitag der PDS hat im Herbst 2004 das "strategische Dreieck" zwischen Protest, Gestaltungsanspruch und über die derzeitigen Verhältnisse hinaus weisenden demokratisch-sozialistischen Alternativen als den Rahmen, den politischen Raum beschrieben, in dem sich die Partei erfolgreich bewegen kann. Zu oft noch aber wird dieses „strategische Dreieck“ nur als Rechtfertigung des Beharrens auf einer seiner Ecken missdeutet, Regierungstätigkeit als Um- oder gar Abweg auf dem vermeintlich geraden Weg zwischen Protest und grundsätzlichen gesellschaftlichen Alternativen in Frage gestellt, das Ganze nach Belieben im politischen Raum justiert. Doch dieses „strategische Dreieck“ war nie als ein Raum gedacht, in den wir uns vor den Herausforderungen des gesellschaftlichen und politischen Lebens zurück ziehen und in dem wir uns vor den Anhängerinnen und Anhängern

konkurrierender Parteien abschotten. Es war nach unserem Verständnis auch nie diagonal zu den politischen Ebenen gemeint: unten, in Kommunen und bestenfalls den Ländern Mitgestaltung, und oben, auf Bundesebene, nur der Protest. Und die übergreifenden Alternativen entsorgt in eine unpolitische Nische "Programmdebatte".

Auf Inhalt und Richtung der politisch-programmatischen Debatte aber kommt es jetzt gerade an – auch deswegen, weil jetzt unter den Parteien diesseits von Union und FDP eine neue Phase des politischen Wettbewerbs begonnen hat. Schneller als dies zunächst zu erwarten war, hat in der SPD die personelle und konzeptionelle Neuaufstellung begonnen. Mit Matthias Platzeck und den mit ihm erstarkenden „Netzwerkern“ übernimmt nicht nur eine neue politische Generation die Verantwortung für die sozialdemokratische Partei, sondern auch eine Denkrichtung, die sich mit einer neuen Synthese von pragmatischer Politik und strategischen Linien dem verkrusteten Links-Rechts-Schema entziehen und gerade auf diese Weise nicht nur die Zukunft der Linken für sich vereinnahmen, sondern auch gesellschaftliche Hegemonie erringen will. Die in den 90er Jahren und vor allem nach der Regierungsübernahme im Bund ausgebliebene programmatische Aufarbeitung Politik bestimmender neuer Herausforderungen gerät jetzt auf die Agenda.

Die PDS hat 2004 auf dem Potsdamer Bundesparteitag nicht nur das „strategische Dreieck“ und die Orientierung auf konkrete Referenzprojekte für eine sozial gerechte Bewältigung der aktuellen politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und auch kulturellen Herausforderungen beschlossen, sondern zugleich erkannt: „Wo Grundsätzliches in Bewegung gerät, müssen zeitgemäße Antworten gefunden werden.“ Ohne diese Antworten werden wir nicht bestehen können – Antworten auf die Globalisierung und die weltweiten Strukturveränderungen in der Wirtschaft, auf die Produktivkraftentwicklung und die moderne Wissensgesellschaft, auf die Veränderungen in der Arbeitswelt und Lebensweise der Menschen, auf die Krise der sozialen Sicherungssysteme und der öffentlichen Finanzen, den Klimawandel und die anhaltende Gefährdung der natürlichen Umwelt, das Scheitern des "Aufbau-Ost"-Modells der 90er Jahre, den weltweiten Terrorismus und den Versuch, eine neue imperialistische Machtpolitik durchzusetzen.

Viele dieser Fragen stellt jetzt auch die SPD. Wenn wir angesichts dessen jetzt nicht kraftvoll an unseren eigenen Vorhaben arbeiten, dann kann es passieren, dass wir 2004 auf unserem Potsdamer Bundesparteitag die richtigen Fragen gestellt haben, dass aber nunmehr die Potsdamer Mannschaft des neuen SPD-Vorsitzenden den Menschen im Land den Eindruck vermittelt, sie – und nicht wir – hätten die richtigen und einzigen Antworten.

Dann aber wäre die Chance für einen Politikwechsel in Deutschland auf sehr lange Zeit begraben.

Die neue Runde des politischen Wettbewerbs ist eröffnet. Wir müssen stärker werden - wir wollen und können gewinnen. Wir sind gewählt, um zu verändern.